

Stand: 28.07.2026 09:57:08

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/5172

"EU-Klimaaktionismus stoppen - Demokratie schützen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/5172 vom 04.12.2019
2. Beschluss des Plenums 18/5279 vom 05.12.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 34 vom 05.12.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner, Roland Magerl, Ferdinand Mang und Fraktion (AfD)**

EU-Klimaaktivismus stoppen – Demokratie schützen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, unsere demokratischen Institutionen zu schützen und sich auf allen Ebenen gegen Klimaalarmismus einzusetzen.

Begründung:

Das Ausrufen undurchsichtiger „Klimanotstände“¹ soll Notstandssituationen suggerieren und vorgeben in höchster Not zu handeln. Notstandsregelungen und Gesetze haben den Zweck die Gesetzgebung in Krisenzeiten von den üblicherweise dafür vorgesehenen Organen zu entkoppeln, zu beschleunigen und zu vereinfachen. Dies verdeutlicht die wahren Absichten der hier in extremem Maße undemokratisch agierenden Klimabewegungen: die Einflussnahme auf unsere demokratischen Institutionen ohne Legitimation!

Die mediale Berichterstattung wird hierbei genutzt, um ein umfassendes Meinungsbild fernab von wissenschaftlicher Realität und ergebnisoffener Debattenkultur zu schaffen. Kritische Stimmen werden ignoriert, diskreditiert und schließlich vom wissenschaftlichen Diskurs ausgeschlossen.²

Ein medial inszenierter Klimahype bedroht die Freiheit der Menschen. Er zerstört bereits jetzt die Umwelt und die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes und droht nun auf die gesamte EU übergreifen. Richtungsweisende Entscheidungen dürfen nicht in die Hände von einigen wenigen EU-„Eliten“ gelegt werden – die Subsidiarität aller EU-Staaten ist unter allen Umständen zu schützen.

Die Förderung nicht zukunftsfähiger, unwirtschaftlicher und umweltschädlicher Technologien führt nicht nur zu unverhältnismäßigen Belastungen für unsere Bürger, sondern schädigt unsere Ökosysteme in einem zunehmenden und mittlerweile intolerablen Maß. Unter diesen Voraussetzungen abzusehende politische Amokläufe zerstören die langfristige Planungssicherheit, die für die Entwicklung und Ansiedlung von Unternehmen, dem Motor unseres Wohlstandes, unerlässlich ist. Arbeitsplätze fallen nicht nur weg, sondern werden gar nicht erst geschaffen. Eine Umverteilung von hart erwirtschaftetem Steuergeld unserer Leistungsträger an wenige Profiteure der „Klimalobby“ ist inakzeptabel. Das Ausrufen von Klimanotständen schürt einen Alarmismus, der unsere Gesellschaft zunehmend spaltet und nachhaltig und irreversibel schädigt.

Wir werden uns dafür einsetzen unsere Bürger uneingeschränkt aufzuklären und sie zu ermutigen einen unvernünftigen und fehlgeleiteten „Klimaschutz“ kritisch zu hinterfragen. Umfassender Umweltschutz geht nämlich weit über die fehlgeleitete Klimadebatte hinaus.

¹ <https://www.sueddeutsche.de/politik/eu-klimanotstand-parlament-beschluss-1.4701180>

² <https://www.welt.de/dieweltbewegen/article13853684/Geht-die-Klimakatastrophe-an-der-Erde-vorbei.html>



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner, Roland Magerl, Ferdinand Mang** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/5172

EU-Klimaaktivismus stoppen – Demokratie schützen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Thomas Gehring

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Dr. Martin Huber

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Tobias Gotthardt

Abg. Florian von Brunn

Abg. Christoph Skutella

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)

EU-Klimaaktionismus stoppen - Demokratie schützen (Drs. 18/5172)

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Prof. Dr. Hahn.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Vizepräsident, werte Damen und Herren, wer apokalyptische Endzeitszenarien mit den dazugehörigen Erlösermodellen, Kinderkreuzzüge und gesellschaftliche Verblendung zu reinen Phänomenen des Mittelalters zählt,

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

der sei eines Besseren belehrt. Gerade in Zeiten einer hysterischen Klimaideologie, die Kinder zu ihren Wortführern erklärt

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Besser Kinder als Sie! – Florian von Brunn (SPD): Kinder verstehen mehr von der Sache als die AfD!)

und die nur in der einseitigen CO₂-Begrenzung Erlösung verspricht, sind wir den dunklen Zeiten unserer Geschichte nicht mehr so fern, wie manch einer glauben mag. Die Vernunft gerät dabei allzu oft ins Hintertreffen.

Ein fehlgeleiteter Klima-Alarmismus hat breite Gesellschaftsschichten infiziert. Die gute Sache eines zielgerichteten Natur- und Umweltschutzes dient dabei jedoch lediglich als Vorwand, um gesellschaftspolitische Einflussnahmen zu rechtfertigen,

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

die unseren demokratischen Grundsätzen zutiefst widersprechen.

Ich gebe dem Europaabgeordneten Markus Ferber, CSU, vollkommen recht, wenn er sagt, dass jemand, der den Klimanotstand ausruft, nichts anderes fordert, als Entscheidungen ohne demokratische Legitimation durchzusetzen.

(Beifall bei der AfD)

Leider sind derartige Stimmen aus der Union zunehmend seltener geworden, was viel über den Zustand und die Verfassung unserer derzeitigen Demokratie verrät.

Einerseits sind Machterhalt und Ausdehnung staatlicher Kontrollgewalt die wahren Treiber der Klimaideale, für die sich so viele Menschen in naivem Vertrauen darauf, für eine gute Sache einzustehen, begeistern lassen. Mit Argumenten wie man müsse klein anfangen oder Vorbildfunktion übernehmen, wird Stück für Stück mehr in die individuellen Freiheitsrechte der Bürger eingegriffen. Andererseits schert es offensichtlich niemanden, wenn riesige Gebiete des Regenwaldes in Flammen stehen, um mehr Weideland für Rinderexporte nach Europa zu schaffen, die durch das Mercosur-Abkommen noch zusätzlich angekurbelt werden.

Wenn Bürger für die Klimagerechtigkeit demonstrieren, nützt das einzig dem Staat, um weitere Steuererhebungen zu legitimieren. Wenn von Klimaflüchtlingen die Rede ist, geht es meist nur darum, keine Verantwortung für selbst mitverursachte globale Konfliktsituationen wie etwa in Afrika zu übernehmen. Die dabei zum Ausdruck kommende Doppelmoral macht sehr deutlich, dass es den Verantwortlichen keineswegs ums Klima geht.

Wenn der nationale Weg dann einmal zu lange dauert, sorgen EU-Parlament, -Rat und -Kommission in Hinterzimmern für schnelle Gesetzgebungsverfahren; eine transparente und demokratische Entscheidungsfindung sieht anders aus. Die Auslobung von mehreren Billionen Euro für Klimaschutz und die Ausrufung eines ominösen Klimanotstandes

(Zurufe der Abgeordneten Florian von Brunn (SPD) und Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

kommt Frau von der Leyen hier nur allzu gelegen, um ihre Macht weiter auszubauen und das ohnehin schon zutiefst intransparente und wohlstandsvernichtende Bürokratiemonster EU weiter zu füttern.

(Beifall bei der AfD)

Es geht Ihnen um die Macht, auf das Eigentum von Bürgern und Unternehmen zugreifen zu können. Es geht Ihnen darum, Vermögen nach Belieben durch Steuern, Abgaben und Vorschriften zu enteignen. Es geht Ihnen um die Macht, ganze Wirtschaftszweige staatlicher Kontrolle zu unterstellen und sie nach Ihren ideologischen Vorstellungen umzuformen. Ihre Beschwichtigungsversuche, nichts sei rechtlich bindend oder alles habe nur symbolischen Charakter, sind nichts als ein schlechtes Schmierentheater.

Der Klimanotstand wird von Ihnen und Ihresgleichen beabsichtigt, um die zentrale Verwaltungsvorschrift in der EU-Beamtenherrschaft darzustellen. Klimanotstände legen den Grundstein dafür, den Bereich des Denk- und des Sagbaren immer weiter einzuschränken und alles Handeln einer totalitären Doktrin zu unterwerfen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin mir sicher, Franz Josef Strauß, Helmut Schmidt, Hans-Dietrich Genscher und viele weitere Parteigrößen der Vergangenheit

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

würden sich im Grabe umdrehen, wenn sie mitbekommen würden,

(Florian von Brunn (SPD): Wenn sie hören würden, was Sie reden!)

dass auf deutschem Boden wieder einmal die Rede von Notstandsgesetzen ist.

(Beifall bei der AfD)

Wischen Sie sich endlich den grünen Schleier aus den Augen und wachen Sie auf, bevor Sie erblinden und es zu spät ist für Bayern, für Deutschland und für Europa!

(Beifall bei der AfD – Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU) –
Zuruf: Schauderhaft!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Dr. Martin Huber von der CSU-Fraktion.

Dr. Martin Huber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Professor Hahn, wenn ich Ihnen zuhöre, kommen mir langsam die Zweifel, was eigentlich schlimmer ist: dass Sie hier im Landtag sind oder dass Sie Professor waren und wirklich auch einmal Studentinnen und Studenten mit einem solchen Unsinn behelligt haben.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralph Müller (AfD))

Sie haben einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der den hehren Titel "Demokratie schützen" trägt. Eigentlich geht es Ihnen in diesem Antrag aber um nichts anderes, als krude Verschwörungstheorien zu verbreiten, und ich habe selten in fünf Minuten so viele verschiedene Verschwörungstheorien auf einmal gehört, wie jetzt in Ihrem Beitrag. Sie kommen vom Klimawandel über die Europäische Union, über Enteignungen auf alle anderen möglichen Phantasien. Daran merkt man, worum es Ihnen mit diesem Antrag eigentlich geht. Es geht Ihnen nicht darum, die Demokratie zu schützen. Es geht Ihnen vor allem darum, den Klimawandel zu leugnen.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Da haben Sie nicht zugehört!)

Es geht Ihnen darum, die Wissenschaft zu diskreditieren, den Weltklimarat als Verschwörungsmarionetten zu diskreditieren. So steht es auch in Ihrem Antrag. Sie formulieren darin wortwörtlich, dass sämtliche Überlegungen und Untersuchungen zum Klimawandel fernab jeglicher wissenschaftlichen Fundiertheit seien.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Lesen Sie den Antrag!)

– So steht es wortwörtlich in der Begründung Ihres Antrags.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Lesen Sie den mal!)

Ich finde, das ist unverantwortlich. Zum einen ist das unverantwortlich gegenüber der Wissenschaft. Zum anderen ist es unverantwortlich angesichts der Megaherausforderung des Klimawandels. Dieser ist eine Megaherausforderung; wir haben das hier schon oft diskutiert. Wir haben auch darüber diskutiert, wie sehr der Klimawandel uns hier in Bayern beschäftigt. Er wirkt sich auch hier aus und findet nicht nur fernab statt. Deswegen haben wir im Bayerischen Landtag jetzt auch ein Klimaschutzgesetz in der Vorbereitung, das ausgewogen ist, das alle mitnimmt und das Klimaschutz und Wertschöpfung miteinander verbindet.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Das sind die Dinge, die wichtig sind. Das ist auch der bayerische Weg. Sie haben aber nichts anderes zu tun, als permanent irgendwelche Verschwörungstheorien zu verbreiten.

Ich möchte auch zu dem Titel Ihres Dringlichkeitsantrags "Demokratie schützen" sagen: Wenn wir dafür die AfD bräuchten, dann hätte die Demokratie bereits verloren.

(Florian von Brunn (SPD): Dann gute Nacht!)

Mehr ist dazu nicht zu sagen. Wir werden diesen unsinnigen Antrag natürlich ablehnen.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Martin Stümpfig von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das ist wahrscheinlich einer der kürzesten Dringlichkeitsanträge, den wir hier im Hause beraten haben. Er ist – in wenigen Worten gesagt – einfach nur gesammelter Unsinn.

Gerade Sie von der AfD wollen demokratische Institutionen schützen. Fangen Sie doch einmal bei Ihrer Organisation an. Ich bringe nur ein paar Zitate aus AfD-Veröffentlichungen: "Wir leben in einem Unrechtsregime", "Doch heute sitzt der Feind nicht außerhalb; wir haben ihn gewählt", "Bundeskalifat NRW". – Die demokratisch gewählte Kanzlerin wird von Ihrer Partei genannt – ich zitiere –: "Extremismuskanzlerin", "Deutschenhasserin", "Kanzlerin der Schande".

Der erste Gesetzentwurf Ihrer Fraktion in diesem Haus, mit dem Sie sich für ein Verbot von Minaretten eingesetzt haben, war eine glatte Missachtung der Religionsfreiheit. Viele von Ihrer Fraktion stehen nicht auf dem Boden des Grundgesetzes. Es ist reiner Hohn, wenn Sie hier heute vom Schutz demokratischer Institutionen sprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der AfD)

"Klima-Alarmismus" ist anscheinend das neue Lieblingswort all derer, die den Klimawandel und die Erdüberhitzung leugnen. Sie von der AfD halten an umweltschädlichen Strukturen zum Schaden der nächsten Generationen fest, zum Schaden von ärmeren Ländern,

(Zuruf von der AfD)

die sich selbstständig nicht ausreichend vor den Folgen des Klimawandels schützen können, zum Schaden von Waldbesitzern und Bauern, die erhebliche Einkommens- und Vermögensverluste erleiden müssen, zum Schaden von noch viel mehr.

Dieser Tage konnten wir aber lesen, dass Deutschland im Jahr 2018 das Land mit den dritthöchsten Klimaschäden war. Immer wieder bezeichnend sind auch die Links, die Sie in Ihren Anträgen angeben, dieses Mal auf ein Interview mit einem Herrn Vahren-

holt aus dem Jahr 2012. Sie bezeichnen ihn als Wissenschaftler. Tatsächlich war er hochdotierter Manager beim RWE-Konzern, dem Konzern, der in Deutschland für die höchsten CO₂-Emissionen verantwortlich ist. In diesem Interview vertritt Herr Vahrenholt die Auffassung, dass der Klimawandel wesentlich langsamer erfolge und zum größten Teil durch eine erhöhte Sonnenaktivität verursacht werde.

Ihre Bundestagsfraktion hat dieses Jahr eine Anfrage eingereicht, ob denn der Klimawandel tatsächlich vom Menschen verursacht sei. Die Antwort der Bundesregierung war ganz klar. 54.000 wissenschaftliche Artikel wurden in einer Meta-Studie untersucht. Diese Studie ergab, dass 99,94 % der Veröffentlichungen den menschengemachten Klimawandel bejahen – 99,94 %! Ihre Argumentation hinkt vorne und hinten. Fakten interessieren Sie anscheinend nicht.

(Zuruf von der AfD)

Wer die reale Gefahr des Klimawandels und seine Ursachen immer noch leugnet, der schadet unserem Volk, schadet unseren Kindern und allen Menschen auf dieser Erde.
– Vielen Dank.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Herr Prof. Dr. Hahn hat sich zu einer Intervention gemeldet.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Stümpfig, ist es nicht so, dass Sie Ihren Klima-Alarmismus gegen den Umwelt- und Naturschutz ausspielen? – Ich höre ständig "CO₂" und andere Dinge. In Wirklichkeit wird für Ihre Klimapolitik doch die Natur geopfert. Jedes Jahr sind über 200.000 Fledermäuse und Vögel durch Windkraftträder vernichtet worden. Ihre Photovoltaikanlagen bedeuten Flächenfraß und versiegelte Flächen. In Bayern wird Wald für solche Anlagen abgeholzt. Warum bewerten Sie denn Ihren abstrakten Klimaschutz viel höher? Ist dies nicht nur ein Mittel, um die Leute weiter abzukassieren, wie man jetzt bei der CO₂-Besteuerung sieht?

(Beifall bei der AfD)

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Prof. Hahn, Sie sagen "Ihr abstrakter Klimaschutz". Dazu möchte ich schon sagen: Wir stecken mittendrin. Haben Sie das immer noch nicht erkannt? Wir hatten dieses Jahr an 25 Messstationen in Deutschland Temperaturen von 40 Grad.

(Zuruf von der AfD)

Wir hatten während des gesamten Zeitraums von 1880 bis 2015 diese Marke nur an zehn Stationen jemals überschritten. Wir haben jetzt Temperaturen, die Deutschland nie gekannt hat. Wir müssen darauf reagieren.

Ihre Zahlen, die Sie immer wiederholen, sind nicht fundiert. Das ist alles Fake; das sind keine Fakten.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächster Redner ist Kollege Tobias Gotthardt von den FREIEN WÄHLERN.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Kollegen von der AfD, eines vorweg: Wer den Klimawandel leugnet, wer Schülerinnen und Schüler diskreditiert und wer Europa infrage stellt, der schützt alles, aber nicht die Demokratie.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Ansonsten möchte ich nur eines sagen und etwas Sachlichkeit in die Debatte bringen: Hitzige Debatten sind für das Klima schädlich, genauso das Hochkochen irgendwelcher Begriffe. Bei einem so wichtigen Thema wie dem Klimaschutz raten wir zu kühlen Köpfen und zu Sachlichkeit und zu ganz konkretem Handeln. Als Bayernkoalition ist es unser Ziel, ganz konkret zu handeln und einen ganz konkreten Fortschritt im gesellschaftlichen Konsens zu erreichen. Wir wollen nicht spalten, wir wollen gemeinsam vorankommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ganz kurz zu Ihrem Antrag. Sie beziehen sich auf die Entschließung des Europäischen Parlaments zum Klima- und Umweltnotstand 2019/2930. Dazu ganz kurz: Es ist wirklich so: Eine Entschließung des Europäischen Parlaments ist weder rechtlich verbindlich noch hat sie irgendwelche Folgen. Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Wenn wir anfangen würden, wegen jedem Dringlichkeitsantrag der AfD oder jedem hochgezogenen Antrag der AfD den Freistaat Bayern infrage zu stellen, kämen wir nicht weit. Ihre Reaktion auf diese Entschließung ist völlig falsch. Das ist eine Entschließung des Europäischen Parlaments, die aber keine Folgen hat.

Genauso ist es mit dem Begriff des Klimanotstandes – das muss ich einmal in diese Richtung sagen. Wir müssen schon beachten, was Tatsache ist. Der Begriff des Klimanotstandes entstand 2009 bei Demonstrationen in Manchester. Er hat nichts mit dem Notstandsbegriff zu tun, den wir in Deutschland kennen, den unser Grundgesetz kennt und den auch die Bayerische Verfassung in Artikel 48 kennt.

(Florian von Brunn (SPD): Gehen Sie denen nicht auf den Leim!)

– Nein. Wir müssen schon ganz ehrlich und ruhig miteinander reden. Ich habe davon gesprochen, dass wir einen gesellschaftlichen Konsens brauchen. Mit Eskalation auf beiden Seiten schaffen wir das nicht. Wir müssen ganz konkret vorangehen. Dazu stehen wir als Bayernkoalition.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich darf Ihnen ganz kurz sagen, was das Dictionary zum Begriff "Klimanotstand" sagt. Es sagt, dass das eine Situation ist, in der dringend gehandelt werden muss, um den Klimawandel abzuschwächen und daraus entstehende Umweltschäden zu verhindern.

– Ja; so what? Das tun wir. Das tun wir hier in Bayern, das tut auch die Europäische Union. – Ihre Aufregung ist fehl am Platz. Das Prägen irgendwelcher aufgeregter Begriffe ist auch fehl am Platz. Wir müssen gemeinsam vorangehen, und zwar ganz kon-

kret, sonst geht nichts, sonst schützt keiner das Klima. Wir brauchen konkrete Maßnahmen. Wir machen das. Wir haben ein Klimaschutzgesetz vorgelegt. Wir wollten den Klimaschutz in die Bayerische Verfassung aufnehmen. Da haben Sie nicht mitgemacht. Wir stehen für ganz konkreten Klimaschutz.

Als Letztes zitiere ich Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, der gesagt hat: Panik war noch nie ein guter Berater. – Vielen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist Kollege Florian von Brunn von der SPD-Fraktion.

Florian von Brunn (SPD): Verehrte Kolleginnen und Kollegen! An den Ausführungen von Herrn Hahn hat man gemerkt, dass der letzte Hitzesommer auch an der AfD-Fraktion nicht spurlos vorbeigegangen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich haben wir einen Notstand. Wir müssen uns doch nur die aktuellen Zahlen des Klima-Risiko-Index ansehen, auf die Kollege Martin Stümpfig schon angespielt hat. Diese Zahlen kommen vom weltweit größten Rückversicherer, von der Munich Re. Deutschland lag 2018 bezüglich der Klimaschäden auf Platz drei, und zwar aufgrund des brutalen Hitze- und Dürresommers 2018: 1.246 Todesopfer. Die Ernteverluste lagen laut Bauernverband zwischen 50 und 70 %, teilweise gab es Totalausfälle. Die öffentliche Hand hat mehrere Hundert Millionen Euro an Entschädigungen bereitstellen müssen. Es gab schwere Sturmschäden durch Orkane im Januar und Februar und volkswirtschaftliche Schäden in Deutschland in Höhe von insgesamt 4,5 Milliarden Euro allein im letzten Jahr. Wenn das kein Notstand ist!

Die Alarmzeichen mehren sich. Das Auftauen der Permafrostböden hat einen Zustand erreicht, den die Forscher erst für das Jahr 2090 erwartet haben.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Da haben sich Ihre Forscher vertan, Herr von Brunn!)

Das bedeutet, dass unglaublich viel mehr extrem klimawirksames Methan in die Atmosphäre gelangt. Das soll kein Notstand sein?

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Die Fraktion der AfD kommt mir vor wie die bekannten Affen, aber nur zwei dieser Affen, nämlich jene, die sich Augen und Ohren zuhalten – leider nicht den Mund. Das wäre eine gute Sache.

(Beifall bei der SPD)

Wer redet hier von Notstand und Gefährdung der Demokratie? – Sehen Sie sich an, was der Flügelführer, der Westentaschenführer Höcke, von der AfD von sich gibt. Er redet davon, dass wir in Deutschland wieder eine Führerfigur brauchen, die intuitiv das Gemeinwohl kennt und der die Menschen instinktiv folgen. Wir wissen doch, was es geschlagen hat. Meine Damen und Herren von der AfD, niemand außer Ihnen kommt im Zusammenhang mit der Klimadebatte auf die Idee eines Umsturzes. Wer von Klimanotstand auf Umsturz und Aushebelung der Demokratie kommt, redet eigentlich über seine eigenen feuchten und üblen Träume. Man nennt das allgemein Projektion. Mit diesen Aussagen verraten Sie mehr über sich als über andere.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. Herr von Brunn, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Für eine Zwischenbemerkung hat sich der Abgeordnete Prof. Dr. Hahn gemeldet. – Bitte schön, Herr Hahn.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr von Brunn, es ist zwar nicht schön, dass Sie persönlich werden, aber ich habe zumindest den Vizepräsidenten in meiner Rede begrüßt. Das mache ich so; das könnten Sie beim nächsten Mal vielleicht auch tun.

Sie haben die Definition für den Begriff "Klima" leider immer noch nicht gelernt, obwohl wir im Plenum bereits zweimal darüber gesprochen haben, sonst hätten Sie nicht wieder den letzten Sommer angesprochen.

Herr Gotthardt, Stichwort "einen kühlen Kopf bewahren": Man muss heute einfach nur einmal den Kopf aus dem Fenster halten. Heute Morgen hat es minus fünf Grad Celsius gehabt. Ich habe zwei S-Bahnen verpasst, und es war sehr, sehr kalt.

(Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von den GRÜNEN: Das ist unglaublich!)

Ich wollte damit nur sagen, dass man nicht über das Wetter, sondern über das Klima reden muss. Geben Sie mir die Gelegenheit, noch einmal ganz deutlich zu sagen, dass es immer schon Klimawandel gegeben hat. Die AfD hat den Klimawandel niemals geleugnet. Ich will Ihnen folgende Frage stellen, Herr von Brunn: Wie stehen Sie zu Notstandsgesetzen und Notstandsregelungen? Wollen Sie wie in dunkler Vergangenheit diese Regelungen ausgraben, um diese für das ach so bedrohte Klima einzusetzen? Setzen Sie das damit gleich?

Florian von Brunn (SPD): Herr Hahn, die AfD ist der politische Stichwortgeber für rechtsradikalen Terror und muss daher vom Verfassungsschutz ganz dringend beobachtet werden. Das ist meine Meinung zu diesem Thema.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Christoph Skutella von der FDP-Fraktion.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Stil der AfD-Fraktion schürt dieser Antrag wieder Ängste, wo keine Ängste angebracht sind. Weder auf Bundesebene noch auf Landesebene betreiben die jeweiligen Regierungen eine Politik, die man als Klima-Alarmismus bezeichnen könnte. Dabei sei dahingestellt, dass einige Entscheidungen, gerade der Bundesregierung,

zur Klimapolitik das Klima eben nicht schützen und zum Teil reine Subventionierung einiger Industriezweige sind. Aber wenn ich mir die ineffizienten und unzureichenden Beschlüsse des Klimapakets der Bundesregierung anschau, kann ich wahrlich keinen Alarmismus erkennen. Auch unsere demokratischen Institutionen sind in keiner Weise gefährdet. Das zeigt unter anderem die Entscheidung des Bundesrats, Teile des Klimapakets der Bundesregierung in den Vermittlungsausschuss zu überweisen.

Auch dieser Antrag der AfD verdeutlicht wieder, dass die AfD-Fraktion immer noch und themenübergreifend in der Vergangenheit lebt. Die richtungsweisenden Entscheidungen, von denen Sie in der Begründung sprechen, wurden doch bereits auf globaler und europäischer Ebene getroffen. Auf globaler Ebene gibt es das Pariser Klimaabkommen, welches den Großteil der Staaten dieser Welt dazu verpflichtet, Maßnahmen zu ergreifen, um die Klimaerwärmung nicht auf über 1,5 Grad Celsius steigen zu lassen. Auf europäischer Ebene existiert daher der Europäische Emissionshandel. Dieser hat seit seiner Implementierung die vorgegebenen Klimaziele erreicht und sich als bestes Instrument gegen den Klimawandel erwiesen. Daher sollten auch alle zukünftigen Entscheidungen zum Klimaschutz den Europäischen Emissionshandel als Instrument einbeziehen bzw. berücksichtigen.

(Beifall bei der FDP)

Auch wir lehnen den Begriff des Klimanotstandes ab, zum einen aufgrund der Historie, die dieser Begriff in der deutschen Geschichte hat, zum anderen deswegen, weil ein Klimanotstand – der Kollege Gotthardt hat das deutlich formuliert – keinerlei konkrete Maßnahmen nach sich zieht. Er ist leider reine Symbolpolitik. Insofern ist Ihre Befürchtung, dass die Gesetzgebung durch einen Klimanotstand entkoppelt oder vereinfacht wird, völlig unbegründet.

(Widerspruch des Abgeordneten Dr. Ralph Müller (AfD))

Wir unterstützen aber sämtliche Parteien, die sich für einen engagierten Klimaschutz einsetzen, um das im Pariser Klimaabkommen vereinbarte 1,5-Grad-Ziel einzuhalten.

Die Wege dorthin mögen uns zwar unterscheiden, aber das grundsätzliche Ziel des Klimaschutzes ist zum Glück seit Jahren in der politischen Arbeit angekommen.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/5172 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Das ist der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Damit ist dieser Antrag abgelehnt.